



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten


Berlin u.a., 1841 - 1922

Parlamentarisches aus Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Parlamentarisches aus Österreich

o weit sonst immer die Wege der Rechten und der Linken im österreichischen Reichsrat auseinandergehen mögen: einen Augenblick lang besteht alljährlich zwischen allen Parteien „Übereinstimmung,“ wie es ein Parlamentarier genannt hat. Die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag wird nämlich von allen Parteien, Fraktionen und Fraktionchen benutzt, um der hohen Regierung die höchste Unzufriedenheit zu erkennen zu geben. Da dieses selbe Stück nun schon so oft, beinahe so oft, als das Ministerium des Grafen Taaffe Jahre zählt, aufgeführt wird, kann es begreiflicher Weise keine Überraschungen mehr bieten, kaum das ein Virtuose noch eine „Nuance“ ersinnt. Die Linke beklagt die Begünstigung aller andern Nationalitäten auf Kosten der Deutschen, erinnert höhnisch an die negativen Erfolge der sogenannten Versöhnungspolitik, rechnet aus den Zifferreihen, die der Finanzverwaltung einen Überschuss ergeben, ein Defizit heraus — die Rechte entdeckt, daß noch immer germanisirt werde, die berechtigten Forderungen der Polen, Tschechen, Slovenen u. s. w. keine Berücksichtigung fänden, und daß eben deshalb weder die Gemüter befriedigt noch der Staatshaushalt geordnet werden könne. So werden die Angriffe der einen Seite von der andern abgeschlagen, aber nur, um dann die Waffen gegen dieselbe Regierung zu kehren. Doch während die Opposition feierlich erklärt, von diesem Ministerium nichts gutes zu erwarten, will die Mehrheit die Hoffnung auf Besserung noch nicht aufgeben. Bis dann an die einzelnen Kapitel des Voranschlages gegangen wird, hat sich gewöhnlich diese Hoffnung einigermaßen erfüllt, haben kleine Zugeständnisse das Vertrauen der immer begehrlichen Slaven neu belebt, und der Finanzminister kann sein Budget, wenn auch ziemlich zerfetzt und geflickt, unter Dach bringen.

Der allgemeine Sündenbock war heuer der Unterrichtsminister. Die Tschechen hassen ihn, weil er im vergangenen Jahre Miene machte, deren Ansprüche auf ein vernünftiges Maß einzuschränken, die Klerikalen, weil er zögert, die konfessionelle Schule wieder herzustellen, die Liberalen, weil er sich damals von den Tschechen wieder einschüchtern ließ und, wie man meint, sich über kurz oder lang doch bequemem werde, in den sauren konfessionellen Apfel zu beißen. Klerikale und liberale Opposition haben „die Schule“ zu ihrem Schlacht-

ruf gemacht, und das ist für beide Teile eine sehr geschickte Wahl. Pfaffenherrschafft, nach dem Syllabus geregelter Unterricht, Konkordat — das sind Schreckbilder, die den im übrigen ziemlich teilnahmslos gewordenen „ruhigen Bürger“ aus seiner Ruhe aufstören können und so manche Bedenken, die sich bei ihm gegen die „Neuschule“ (diesen nicht angenehm an die Prager Synagoge erinnernden Ausdruck, den die Gegner mit unverkennbarer Absicht gewählt hatten, eignen sich jetzt die Freunde ganz unbefangen an!) eingestellt hatten, zum Schweigen bringen. Und der Institution würde auch keine Gefahr drohen, wenn der Liberalismus während seiner Herrschaft offene Augen gehabt hätte. Freilich sieht er noch heute nicht, daß der streng religiöse katholische Bauer ein Recht hat, zu wünschen, seine Kinder nicht von Personen unterrichtet zu wissen, welche einer andern christlichen Konfession, vielleicht nicht einmal der christlichen Kirche angehören. Findet man es doch ganz in der Ordnung, daß Juden ihre eignen Talmud-Thora-Schulen halten, und ist geneigt, diese aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Man wird sagen: nun wohl, so mögen die Tiroler ihre eignen katholischen Schulen gründen. Allein so liegt die Sache nicht in Ländern, wo die sogenannten Katholiken nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung bilden. Das Schicksal Kaiser Josephs II., für den der Liberalismus so große Verehrung bekundet, namentlich seine Erfahrungen mit Belgien, sollten doch davor warnen, Aufklärung mit Gewalt verbreiten zu wollen. Aber die Berranntheit in politische Dogmen läßt im allgemeinen keine unbefangene Anschauung aufkommen, und wo trotzdem eine vorhanden ist, da wagt sie sich meistens aus Furcht vor dem die öffentliche Meinung machenden Sudentum nicht heraus.

Mit beinahe rührender Naivität warf einer von den liberalen Rednern, Freiherr von Scharfshmidt, die Frage auf, woher doch die zunehmende Abneigung gegen den Liberalismus stamme? Diese Thatsache also ist ihm nicht entgangen, aber er begreift sie nicht. Die liberalen Grundsätze lassen sich doch, meint er, in die Schlagwörter fassen: „Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze, Schutz der persönlichen Freiheit gegen Willkür, Freiheit der Meinungsäußerung innerhalb der gesetzlichen Schranken, Freiheit des Glaubens und des Gewissens, Unabhängigkeit der Gerichte, Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung und an der Besteuerung, öffentliche Kontrolle der Finanzen.“ Der Redner glaubt also seinen Zeitungen, daß die in der That täglich anwachsende und erstarkende Partei, die den Wortführern des Liberalismus im Parlament und in der Presse nicht mehr Heeresfolge leisten will, sich den von ihm aufgezählten Grundsätzen abgewandt habe. Er würde aber eines bessern belehrt werden, wenn er seine Zeitungen mit größerer Aufmerksamkeit lesen wollte. Die enge Verbindung der Deutschliberalen mit den politischen Handels- und Börsenblättern und den hinter diesen stehenden Geldmächten ist es ja, was jene Partei in Mißkredit gebracht hat. Nicht die Grundsätze werden

verworfen, nur die parteiische Anwendung derselben. Mag noch so viel über den Mangel an Idealismus in der heutigen Jugend gemurmelt werden, mögen die Zeitungen sich noch sehr über Autoritätsglauben und Personenkultus entzünden — wohl zu merken, wenn es sich nicht um die „freisinnigen“ Helben hier und im Auslande handelt —: zu den schlechtesten Erscheinungen in unsrer Zeit gehört es gewiß nicht, daß die Studenten es verschmähen, ihre politische Nahrung aus Börne und Heine zu schöpfen, daß ihnen Thaten einen größern Eindruck machen, als Phrasen.

Und wie sonderbar, zu glauben, daß der jetzigen Strömung im Bürgerthum ein Makel angeheftet werde, wenn man sagt, sie sei ein Erzeugnis der herrschenden Notlage! Ohne Zweifel ist sie das. Hätten die Theorien von unbeschränkter Freiheit des Handels und Gewerbes sich in der Praxis bewährt, so würde unser Gewerbebestand sich entweder gar nicht um Politik bekümmern oder sehr liberal sein. Aber daß er, da Großindustrie und Zwischenhandel ihn zu Grunde richten, sich auch noch für die Reden und Artikel begeistern soll, worin ihm stumme Ergebung in sein Schicksal zur Bürgerpflicht gemacht wird, das ist etwas zu viel verlangt. Den Schutz der Arbeit führt heute jedermann im Munde, aber jeder Versuch, Wälle gegen ihre Ausbeutung aufzuführen, wird von den liberalen Organen als Beschränkung der Freiheit und als Rückfall ins Mittelalter verschrieen und verhöhnt. Woher soll da das Vertrauen der Bedrängten kommen? Die Art von Zwischenhandel, der sich bekannlich „die edelsten Kräfte der Nation“ mit Vorliebe zuwenden, erfuhr erst unlängst wieder eine treffliche Beleuchtung in dem Jahresberichte des Vereins, der die Handarbeiterinnen aus der Sklaverei zu befreien versucht. Man war auf die Gegnerschaft der mit Wäsche u. dergl. handelnden Kaufleute gefaßt gewesen und erfuhr, daß diese ebenso froh sind, wie die Arbeiterinnen, durch die Vermittlungsanstalt unabhängig gemacht zu werden. Und als dem Verein eine große Bestellung auf gehäkelte Kinderhäubchen zuging, forderten die Arbeiterinnen den herkömmlichen Preis von 22 Kreuzern für das Duzend, noch nicht zwei Kreuzer für ein Stück! Da ihnen 40 Kreuzer bewilligt werden konnten, kamen sie sich reichlich belohnt vor. Um solche entsetzlichen Früchte der freien Konkurrenz kümmern sich natürlich die Herren nicht, die große Reden halten, unerquicklich wie der Wirbelwind.

Vergleichen bekamen wir auch in den Verhandlungen über das Höferecht zu hören. Der Gegenstand ist ja äußerst schwierig, und wenn er von beiden Seiten mit Unaufrichtigkeit behandelt wird, kann freilich nichts ersprießliches herauskommen. Für die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes war man rechts und links sehr begeistert, aber die gegenseitig vorgebrachten Verdächtigungen, daß dort der Angliederung bäuerlicher Besitztümer an den großen Grundbesitz, hier ihrer Zertrümmerung kein Hindernis bereitet werden solle, erschienen allgemein glaubwürdig. Die manchesterliche Presse war, wie immer, groß in

ihrer sittlichen Entrüstung. Auf der einen Seite gab sie dem höchsten Erbarmen mit dem Schicksal der jüngern Geschwister Ausdruck, die ihr Brod irgendwo suchen müßten, wenn sie nicht — wie so vielfach üblich — als Arbeiter des Erben auf dem Hofe bleiben wollten, auf der andern Seite sah sie die höchste Schmach darin, daß der Bauer in der freien Verfügung über seinen Besitz gehindert, d. h. gegen das allmähliche Verdrängtwerden durch Menschenfreunde, die ihm über augenblickliche Verlegenheit durch Geldvorschüsse zu „landesüblichen“ Zinsen hinweghelfen, geschützt werden solle. Als Haupttrumpf wurde ausgespielt, den Konservativen sei es mehr um den Bauernhof als um den Bauern zu thun. Daraus ersieht man, daß die Liberalen den Bauern in abstracto, ohne Bauernhof, lieben! Und so jubelten sie einem vor nicht zu langer Zeit auf das wütendste verfolgten Wiener Magistratsrate zu, der in jedem Unverstandslandtage von 1848 eine hervorragende Rolle gespielt haben würde, und der bei diesem Anlaß offenerzig bekundete, daß er am liebsten den für die Weisheit der berühmten „Bezirksdemokraten“ unzugänglichen Bauern gänzlich ausrotten würde.

Wie die Bauern das Liebeswerben der Liberalen aufnehmen werden, ist abzuwarten, von den Arbeitern haben diese rund und nett einen Korb bekommen. Es war nicht anders zu erwarten. Die Enquête über die von der Linken beantragten Arbeiterkammern hat allerdings wieder gezeigt, wie es in den Köpfen vieler „Führer“ aussieht. Aber auch das konnte nicht überraschen. Diese Leute sind aus der Schule der liberalen Bourgeoisie hervorgegangen, haben gelehrt die Sätze aus der Encyclopédie und aus der großen Revolution angenommen, wenden sie jedoch konsequenter an, als ihre Meister. Und da ihnen dieser Unterschied längst klar geworden ist, fühlen sie sich unendlich erhaben über allen Parteien, glauben fest an die Zukunft, die keine Klassen, keine Staaten, keine Stände, keine Religionen, keine Armut, kein Verbrechen u. s. w. mehr kennen wird. Zu glauben, daß diese Menschen auf den Leim der Arbeiterkammern gehen würden, welche neun, neun ganze Abgeordnete in den Reichsrat entsenden sollten, war einfach lächerlich. Oder soll man diesen Gedanken unter die „verflucht gescheidten“ einreihen? Die Handels- und Gewerbekammern wählen mehr als die dreifache Zahl von Abgeordneten, und dabei übt natürlich jedes Kammermitglied sein Wahlrecht noch persönlich aus; was war natürlicher, als daß die Arbeiter auch nicht auf das Wahlrecht verzichten wollen für eine Klassenvertretung, die nicht einmal ohne Unterstützung anderer Fraktionen Anträge einbringen könnte. Falls die Verfertiger des Gesetzeswurfes gemeint haben, so wohlfeil die Hilfe der Arbeiter gegen die verhassteste aller Parteien, die Antisemiten, zu erkaufen, so haben sie sich gründlich getäuscht.

Übrigens gehört schon ein geübtes Gedächtnis dazu, alle die parlamentarischen Parteien und Parteilein im Kopfe zu behalten, und dazu, ob sie unter diesem oder jenem Namen in das Firmenverzeichnis eingetragen sind oder noch

ohne Konzession ihr Wesen treiben. Wer sich über die fortschreitende Zerklüftung erbofen oder lustig machen wollte, dem bot auch diese „große Debatte“ dazu wieder reichlichen Anlaß. Längst hatten die Tschechen sich in alte und junge gesondert, und nun kommen noch „Realisten“ hinzu, die Lemberger Demokraten empören sich gegen die Krakauer Opportunisten, die gemeinschaftlich die Ruthenen unterdrücken, zwischen den Klerikalen, die ihr Deutschtum nicht vergessen können und wollen, und jenen andern, die das Nationalgefühl auf dem Altar der schwarzen Internationale geopfert haben, ist ein wilder Bruderzwist entbrannt, italienische und slavische Vertreter aus dem Küstenlande waren nahe daran, einander buchstäblich in die Haare zu geraten, Demokraten und Antisemiten bescheinigen sich gegenseitig ihre Verachtung, und wen die Liberalen mehr hassen, die Ultramontanen, die Slovenen, die Antisemiten oder die Mitglieder der „Deutschnationalen Vereinigung“, das wäre schwer zu entscheiden. Wenn auf der Regierungsbank gesagt wird, man habe ja die verschiednen Nationalitäten in Osterreich nicht erfunden, und wenn der freiwillige Sarmate Otto Hausner behauptet, Tschechen und Deutschböhmern zankten sich gegenwärtig nicht mehr als sonst, so wird damit die Thatsache nicht beseitigt, daß die Erbitterung immer allgemeiner wird. Immer wilder werden die Ausbrüche der Wuth gegen alles Deutsche und daher auch gegen das Deutsche Reich bei den tschechischen Radikalen, und ein jüdischer Professor aus Prag versichert, das „böhmische“ Volk werde mit der Regierung nicht Frieden schließen, so lange nicht das neuerfundene „böhmische Staatsrecht“ zur Anerkennung gekommen, und der Kaiser zum König von Böhmen gekrönt worden sei. Also gänzliche Preisgebung des Deutschtums in Böhmen! Der jetzt in aller Form als Führer der deutschösterreichischen Partei oder vereinigten Linken anerkannte Abgeordnete v. Plener ließ wieder einmal durchblicken, daß weitere Vergewaltigung, vor allem aber eine Umänderung des Schulgesetzes seine Partei bestimmen könnte, ebenso wie im böhmischen Landtage, auch im Reichsrate das Feld zu räumen. Gewiß würde die Verlegenheit groß sein, wenn wirklich die Deutschen sich zurückzögen, und man behauptet auch schon, das Ministerium habe infolge der Drohung beschlossen, seine eigne Aktion auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung wenigstens zu vertagen. Es ist denkbar, daß es gern von diesem Vorwande Gebrauch macht, viel weniger wahrscheinlich, daß es an den Ernst der Drohung glaubt. Das wunderbarste bleibt, daß immer noch Politiker meinen, durch große Standreden etwas andres zu erzielen als die „Beglückwünschungen“ ihrer Parteifreunde, und daß noch irgend jemand den Ehrgeiz besitzt, österreichischer Minister zu werden.

